



Niederschrift

zur 27. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Ausschuss für Jugend und Soziales) der Stadt Lippstadt am 12.06.2019

Sitzungsraum: Sitzungsraum E.08, Ostwall 1, 59555 Lippstadt
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:50 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Hans Zaremba

stellv. Vorsitzender

Herr Josef Franz

CDU-Fraktion

Frau Helga de Horn

ordentliches Mitglied

Frau Lisa Vollmer

ordentliches Mitglied

SPD-Fraktion

Frau Christine Goussis

ordentliches Mitglied

Frau Petra Zacharias

ordentliches Mitglied

Herr Martin Schulz

ordentliches Mitglied mit
beratender Stimme

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Heinz Gesterkamp

ordentliches Mitglied

Fraktion Christdemokraten Lippstadt

Frau Stefanie Jungeblodt

ordentliches Mitglied

FDP-Fraktion

Herr Wilhelm Glarmin

ordentliches Mitglied

Fraktion DIE LINKE

Herr Michael Bruns

stellv. Mitglied mit bera-
tender Stimme

Fraktionslose

Frau Beatrix Geisen

ordentliches Mitglied

Frau Dorothee Großekathöfer

ordentliches Mitglied

Frau Marlene Keil

ordentliches Mitglied

Herr Andreas Knapp

ordentliches Mitglied

Frau Dr. Eva Brinkmann	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme
Herr Dirk Conze	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme
Herr Christian Laws	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme
Frau Dr. Olivia Reh	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme
Herr Wolfram Schlimme	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme
Frau Ute Stockhausen	ordentliches Mitglied mit beratender Stimme
Frau Josefine Ritzel	stellv. Mitglied mit beratender Stimme

Verwaltung

Herr Manfred Strieth	FB Familie, Schule u. Soziales
Frau Helga Rolf	FD Jugend und Familie
Herr Olaf Blanke	Schriftführer
Herr Werner Kalthoff	FD Soziales und Integration

Gäste

Frau Christine Darabi	Jugendfreizeitstätte „Shalom“
Frau Sonja Berger	Schulsozialarbeiterin der Graf-Bernhard-Realschule

In öffentlicher Sitzung

Der Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Herr Zaremba, begrüßte die Ausschussmitglieder, die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Vertreter der Presse.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtete der Ausschussvorsitzende Frau Josefine Ritzel als beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss (Vertreterin des Stadtelternrats) entsprechend den Vorgaben der Gemeindeordnung NRW.

1. Fragestunde für Einwohner

Es wurden keine Fragen gestellt.

2. Förderung der Jugendarbeit in offenen Jugendfreizeitstätten im Jahr 2019

141/2019

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes informierte Herr Strieth kurz über die Finanzierung der Jugendfreizeitstätten und offenen Treffpunkte im Stadtgebiet und erläuterte den ergänzenden Antrag der Ev. Kirchengemeinde Lippstadt auf Mitfinanzierung einer auf zwei Jahre befristeten Stelle für die Flüchtlingsarbeit in der Jugendfreizeitstätte "Shalom".

Im Anschluss stellte die Leiterin des "Shalom", Frau Darabi, die vielfältige Arbeit im "Shalom" vor (Anlage 1). Sie wies dabei darauf hin, dass im Durchschnitt 35 Personen täglich das "Shalom" besuchen. Es handelt sich dabei um Personen im Alter von 16 bis 27 Jahren, wovon ca. 85 % einen Migrationshintergrund haben. Frau Darabi schilderte die Notwendigkeit einer intensiven inhaltlichen Betreuung, die ohne eine ausreichende, zusätzliche personelle Begleitung nicht geleistet werden könne.

Im Anschluss beantwortete Frau Darabi eine Frage von Herrn Franz zu einem möglichen Rückzug der Ev. Kirchengemeinde aus der Stellenfinanzierung. Sie wies darauf hin, dass sich die Ev. Kirchengemeinde mit einem Eigenanteil von 30 % an den Kosten der neuen Stelle beteilige, sodass die Kirche im Ergebnis ihr finanzielles Engagement sogar ausweite.

Herr Franz bedankte sich für den informativen Vortrag und bat darum, dem Jugendhilfeausschuss nach einem Jahr noch einmal einen Zwischenbericht zu geben. Der Beschlussvorschlag sollte entsprechend ergänzt werden.

Anschließend fasste der Ausschuss ohne weitere Beratung folgenden Beschluss:

- "1. Die Fördermittel 2019 des Landes in Höhe von 80.271,00 € für Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt Lippstadt werden an die Jugendfreizeitstätte „Shalom“, Brüderstraße 13 (Träger: Ev. Kirchengemeinde Lippstadt), weitergeleitet.
2. Darüber hinaus wird der Ev. Kirchengemeinde Lippstadt, wie in den Vorjahren, ein ergänzender städtischer Zuschuss für die Jugendfreizeitstätte „Shalom“ bewilligt. Im Haushaltsjahr 2019 beträgt der Zuschuss bis zu 40.409,00 €.
3. Aufgrund des Antrages vom 16.05.2019 erhält die Ev. Kirchengemeinde Lippstadt für die Jugendfreizeitstätte „Shalom“, befristet für die Dauer von zwei Jahren, einen weiteren Zuschuss in Höhe von 70 % der nachgewiesenen Personalkosten für eine zusätzliche Fachkraft in der Migrations- bzw. Flüchtlingsarbeit (Berufspraktikant im Anerkennungsjahr; alternativ 0,5-Stelle Sozialarbeit/-pädagogik).
4. Der Jugendhilfeausschuss erhält nach einem Jahr einen Zwischenbericht über die Arbeit im "Shalom".“

(Einstimmig zugestimmt)

3. Mobbing Prävention **hier: Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.04.2019** 123/2019

Herr Strieth wies nach Aufruf des Tagesordnungspunktes darauf hin, dass die Stadt Lippstadt die Präventionsarbeit zum Thema „Mobbing“ über das Projekt "Streiten will gelernt sein" und insbesondere über das gut ausgebaute Angebot an Schulsozialarbeit an allen städtischen Schulen unterstütze.

Frau Berger als Schulsozialarbeiterin der Graf-Bernhard-Realschule berichtete stellvertretend für die Lippstädter Schulen über ihre tägliche Arbeit und stellte die Möglichkeiten vor, dem Problem zu begegnen. Ferner machte sie deutlich, dass Fälle von systematischem und andauerndem Mobbing eher selten anzutreffen seien.

Frau Berger beantwortete anschließend Fragen von Herrn Gesterkamp u. a. zu weiteren Hilfsangeboten dahingehend, dass ein intensiver Kontakt zum Jugendamt, der Erziehungsberatungsstelle und weiteren Beratungsstellen gehalten werde. Insgesamt verwies Frau Berger darauf, dass in Fällen von Mobbing nach Vermittlung durch die Schulsozialarbeit in der Regel kein weiterer Bedarf der Beratung bzw. Betreuung vorhanden sei.

Frau Berger schilderte darüber hinaus, dass die Kontaktaufnahme zur Schulsozialarbeit sowohl über die Schülerinnen und Schüler selbst, als auch über Eltern bzw. Kolleginnen und Kollegen aus der Lehrerschaft erfolge.

Eine ergänzende Frage von Herrn Gesterkamp zur Ausweitung des Angebotes der Schulsozialarbeit beantwortete Herr Strieth dahingehend, dass an den Realschulen am Dusternweg ab dem nächsten Schuljahr drei Stellen für Schulsozialarbeit vorhanden seien.

4. Ausbau von Betreuungsplätzen in Kindertageseinrichtungen
hier: Veränderte Mittelbedarfe sowie zusätzliche Bundes- und Landes-
förderung
137/2019

Herr Strieth gab dem Ausschuss Erläuterungen zu dem zusätzlichen Finanzierungsbedarf für Kindertageseinrichtungen in Höhe von 680.000 € und stellte die Ausbauplanung bzw. den Ausbaustand verschiedener Kindertageseinrichtungen vor (s. Anlage 2). Er verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass es gelungen sei, vom Land Nordrhein-Westfalen zusätzliche Fördermittel in Höhe von 1,6 Millionen Euro zu erhalten, so dass insgesamt eine für die Stadt Lippstadt günstigere Finanzierung erreicht werden konnte.

Herr Franz bedankte sich im Anschluss an die Ausführungen von Herrn Strieth bei der Verwaltung für die gute Arbeit mit dem finanziell positiven Ergebnis. Zur Frage von Herrn Gesterkamp, ob eine ausreichende Anzahl von Erzieherinnen und Erziehern vorhanden sei, um die Betreuung der Kinder sicherzustellen, erklärte Herr Strieth, dass es unterjährig häufig schwierig sei, Personal zu gewinnen. Für das neue Kita-Jahr 2019/2020 konnten nach Auskunft der Kita-Träger aber alle Stellen in den neu geschaffenen Gruppen besetzt werden.

5. Ausbau von Betreuungsplätzen in Kindertageseinrichtungen
hier: Errichtung einer weiteren Kita im Stadtgebiet
145/2019

(Vor der Beratung des Tagesordnungspunktes nahm Herr Knapp im Zuhörer-
raum Platz.)

Herr Strieth stellte noch einmal zusammenfassend die voraussichtliche Entwicklung der Kinderzahlen im Stadtgebiet vor und unterstrich die Notwendigkeit, in Lippstadt eine weitere, die dann 41. Kindertageseinrichtung zu errichten (s. Anlage 3). Inwieweit darüber hinaus eine weitere Kita erforderlich sei, hänge von der weiteren Geburtenentwicklung bzw. einem eventuellen Zuzug nach Ausweisung neuer Baugebiete ab.

Nach Prüfung verschiedener Standorte wird vorgeschlagen, eine 3-gruppige Kindertageseinrichtung als Neubau in der Görresstraße in Lippstadt zu errichten. Es handelt sich dabei um ein Grundstück der Initiative Jugendarbeitslosigkeit, die die Kita auch betreiben wolle.

Neben der zentralen Lage bestehe der wesentliche Vorteil des Grundstücks darin, eine kurzfristige Bebauung ohne ein Bebauungsplanverfahren zu realisieren. Bei optimalem Verlauf könne die neue Kindertageseinrichtung bereits zum 01.08.2020 eröffnet werden. Ziel der Verwaltung sei es, bis zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.09.2019 einen Finanzierungsvorschlag zu erarbeiten.

Herr Strieth wies den Ausschuss ausdrücklich darauf hin, dass mit der Entscheidung für diesen Standort auch die Trägerswahl zugunsten der Initiative Jugendarbeitslosigkeit getroffen werde.

Herr Franz erklärte für die CDU, dass dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt werde, da insbesondere der Vorteil der kurzfristigen Realisierung der Baumaßnahme gesehen werde.

Im Anschluss fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit dem Grundstückeigentümer die Planungen für den Neubau einer Kindertageseinrichtung auf dem Grundstück Görresstr. 4 weiter zu konkretisieren, vorsorglich Förderanträge zu stellen und in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses über den Sachstand zu berichten.“

(Einstimmig zugestimmt)

6. Lippstädter Familienpass **hier: Bericht für das Jahr 2018** 122/2019

Nach einer kurzen Zusammenfassung der Vorlage durch Herrn Strieth machte Herr Bruns deutlich, dass er den Lippstädter Familienpass für eine wichtige und unverzichtbare Einrichtung halte, da viele Personen sich ohne den Familienpass Besuche in den entsprechenden Einrichtungen nicht leisten könnten. Herr Bruns sprach sich für eine Erweiterung des anspruchsberechtigten Personenkreises aus, die bei Einzelpersonen nicht ausschließlich an den Bezug von Sozialleistungen gekoppelt sein solle.

Im Anschluss entwickelte sich eine Diskussion zur Angebotsstruktur für den Lippstädter Familienpass, an der die Herren Gesterkamp, Franz und Schulz teilnahmen. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass der Familienpass überwiegend von Familien bzw. jüngeren Personen in Anspruch genommen werde. Für ältere Menschen sei der Familienpass offensichtlich nicht attraktiv. Herr Schulz regte an, dass sich der Seniorenbeirat in seiner nächsten Sitzung mit diesem Thema beschäftigen solle.

7. Asylbewerber und Flüchtlinge

139/2019

Herr Strieth erklärte, dass im Jahr 2019 bislang 37 Zuweisungen (inkl. Familiennachzügen) nach Lippstadt erfolgt seien. Die Anzahl der Übergangswohnheime sei reduziert worden, aktuell lebten noch 266 Personen in städtischen Übergangswohnheimen.

Herr Strieth unterrichtete den Ausschuss darüber, dass die Stelle von Frau Adams zum 01.05.2019 anteilig nachbesetzt worden sei. Außerdem wechsle Herr De Andrade zum 01.07.2019 auf eine andere Stelle innerhalb der Stadt Lippstadt, eine Nachbesetzung der Stelle sei zeitnah geplant.

Herr Gesterkamp kündigte an, weitergehende Fragen zum Themenbereich Asylbewerber und Flüchtlinge der Verwaltung schriftlich zuzuleiten.

8. Einrichtung eines Vertretungsmodells für die Kindertagespflege ab dem 01.08.2019

133/2019

Herr Strieth führte zu dem Tagesordnungspunkt aus, dass zwischenzeitlich eine Vereinbarung mit dem Sozialdienst kath. Frauen Lippstadt e. V. (SkF) bezüglich eines Vertretungsmodells für die Kindertagespflege ab dem 01.08.2019 abgeschlossen worden sei. Das Vertretungsmodell werde danach in den Räumlichkeiten Brüderstraße 20 installiert.

Der Ausschuss nahm die Ausführungen ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

9. Verschiedenes

Auf Nachfrage von Herrn Franz teilte Herr Strieth mit, dass die Stelle im Projekt "Street Care" ab dem 01.06.2019 wiederbesetzt sei.

Herr Laws sagte auf Wunsch von Herrn Franz zu, einen gemeinsamen Termin mit kirchlichen Vertretern und Vertretern des Jugendhilfeausschusses zu koordinieren.

Herr Glarmin erkundigte sich nach dem Sachstand von Vereinbarungen zum Kinderschutz zwischen dem Jugendamt der Stadt Lippstadt und den Schulen im Stadtgebiet. Frau Rolf führte hierzu aus, dass bereits Vereinbarungen mit der PariSozial als Träger der Offenen Ganztagsgrundschule sowie der Don-Bosco-Schule abgeschlossen seien. Für die weiteren Schulen würden derzeit sog. Dreiecksvereinbarungen zwischen Jugendamt und den Schulen mit ihren jeweiligen Trägern der Schulsozialarbeit geprüft.

Zur Frage von Herrn Glarmin nach den fehlenden Betreuungsangeboten an der Don-Bosco-Schule teilte Herr Strieth mit, dass es sich bei der Don-Bosco-Schule nach Auskunft des Kreises Soest um eine gebundene Ganztagschule handele. Insofern seien Angebote wie z. B. eine OGS dort nicht möglich. Der Bedarf und die Finanzierung einer Ferienbetreuung müsse mit dem Kreis Soest als Träger der Schule abgestimmt werden. Die Stadt Lippstadt könne nur in Einzelfällen unterstützen.

gez. Hans Zaremba
Vorsitzender

gez. Olaf Blanke
Schriftführer